

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin

06.04.2024

Verlorene Zeit für Palästina -

*Nationalbehörde in Ramallah beantragt Vollmitgliedschaft in der UNO. Scheitern
vorprogrammiert*

Der zweite Anlauf der Nationalbehörde – englisch abgekürzt PA – in Ramallah, die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen zu erreichen, wird offenbar am Veto der USA scheitern. Das geht aus den ersten Reaktionen von State-Department-Sprecher Matthew Miller und von Robert Wood, dem stellvertretenden US-Botschafter bei der UNO, hervor. Beide verwiesen die PA am Mittwoch auf den Verhandlungsweg mit Israel – wohl wissend, dass der zionistische Staat nicht einmal mit den USA, von denen er theoretisch auf vielen Gebieten abhängig ist, über die Unabhängigkeit Palästinas sprechen will. Für diese absolute Verweigerungshaltung hat sich Premierminister Benjamin Netanjahu im Februar durch eine Abstimmung in der Knesset breite politische und gesellschaftliche Rückendeckung geholt. 99 der 120 Abgeordneten stimmten seinem Antrag zu, nur neun votierten dagegen.

Der palästinensische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Riad Mansur, übergab am Dienstag ein Schreiben an UN-Generalsekretär António Guterres, in dem die PA darum bittet, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft, den Präsident Mahmud Abbas im September 2011 gestellt hatte, wiederaufleben zu lassen. Eine Allianz, die aus der Arabischen Liga, dem Dachverband Islamischer Staaten (OIZ) und der Bewegung der Bündnisfreien besteht, hat ebenfalls einen Brief an Guterres gerichtet, in dem sie den palästinensischen Antrag unterstützt.

Die Sache liegt nun beim Sicherheitsrat, der voraussichtlich zunächst einen Prüfungsausschuss bilden wird, in dem alle 15 Mitglieder des Gremiums vertreten sind. Wenn der Antrag schließlich zur Entscheidung in den Sicherheitsrat gelangt, werden

mindestens neun Stimmen für eine Weiterleitung an die Vollversammlung benötigt, sofern keines der fünf ständigen Mitglieder – USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien – von seinem Vetorecht Gebrauch macht. In der Vollversammlung schließlich wäre, sofern der Antrag es bis dorthin schaffen würde, eine Zweidrittelmehrheit zu dessen Annahme erforderlich.

Der erste Versuch, den Abbas 2011 gestartet hatte, war daran gescheitert, dass es im Sicherheitsrat nicht das erforderliche Minimum von neun Stimmen für den Antrag gab. Damals stellte sich unter anderem auch Russland gegen die Palästinenser und forderte diese als Bestandteil des seither längst in der Bedeutungslosigkeit versunkenen »Nahostquartetts« zur Fortsetzung der sinnlosen Gespräche mit Israel auf. Das war in den vier verlorenen Jahren, als Dmitri Medwedew russischer Präsident war, dessen Amtszeit von Schwäche und Inkompetenz gekennzeichnet war. Schon damals war offensichtlich, dass Israel vor dem Popanz »Nahostquartettt« – die anderen drei Mitglieder waren die USA, die EU und die UNO – nicht den geringsten Respekt hatte, sondern ausschließlich die USA als Verhandlungspartner halbwegs ernst nahm.

Die Vorgeschichte reicht weit zurück. Schon vor mehr als 35 Jahren hatte der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat (1929–2004) am 15. November 1988 die Unabhängigkeit Palästinas verkündet. Die UN-Vollversammlung akzeptierte diese einen Monat später mit 104 gegen zwei Stimmen bei ungefähr 40 Enthaltungen. Bis Februar 1989 hatten 93 UN-Mitglieder den Staat Palästina anerkannt, gegenwärtig sollen es 140 sein. Die PLO und namentlich Arafat ließen sich jedoch von den USA und deren Partnern überreden, den Weg der völkerrechtlichen Unabhängigkeit nicht konsequent weiterzuverfolgen, sondern zugunsten des »Oslo-Friedensprozesses« jahrelang zu begraben. Die staatliche Unabhängigkeit gehört demnach zu den »Final Status«-Themen, bei denen Israel praktisch ein Vetorecht hat. Eine der Folgen war, dass die PA nach der Unabhängigkeitserklärung 23 Jahre wartete, bevor sie erstmals die Vollmitgliedschaft in der UNO beantragte. Auf die Bildung einer Exilregierung als Grundvoraussetzung einer von der Besatzungsmacht unabhängigen Politik verzichtet die PA immer noch.

Streiks im Nahverkehr

GB: Lokführergewerkschaft organisiert Überstundenboykott und Ausstand anschließendem Arbeitsausstand

Von Dieter Reinisch

Die nächste Welle an Streiks hat im britischen Nahverkehr begonnen. Am Donnerstag organisierten die Lokführer der ASLEF-Gewerkschaft einen Überstundenboykott. Ab Freitag werden sie streiken. Auch bei der Londoner Metro werden die Fahrer die Arbeit niederlegen. Die ebenfalls geplanten Streiks beim Busunternehmen Arriva wurden von der Unite-Gewerkschaft am Donnerstag kurzfristig verschoben, da es ein neues Verhandlungsangebot gibt. Zugleich verschärfen sich die Konflikte zwischen Gewerkschaft und Labour-Partei. In Newcastle hat die Transportarbeitergewerkschaft RMT angekündigt, einen unabhängigen Kandidaten um das Bürgermeisteramt zu unterstützen.

Reisende wurden von den Bahnunternehmen »vor größeren Störungen gewarnt«, schrieb die BBC am Donnerstag. Es ist ein Arbeitskampf, der sich bereits seit Juni 2022 zieht. Lokführer von 16 Unternehmen nehmen zwischen Freitag und Montag an abwechselnden eintägigen Streiks teil. Auch die Fahrer in London treten am Montag in den Ausstand.

Bei Cross Country werden der RMT zufolge ihre Mitglieder am 13. April die Loks in den Schuppen lassen. Wie in den vergangenen Jahren kam es auch bei diesem Arbeitskampf nicht zu einer Koordinierung der beiden großen Eisenbahnergewerkschaften.

Die Verhandlungsführer der ASLEF fordern eine bessere Bezahlung und kritisieren, dass die Unternehmen von den Lokführern verlangten, im Gegenzug für ein Lohnplus auf Sicherheitsstandards zu verzichten. Außerdem sollen sich die Arbeitsbedingungen, etwa die Schichtenteilungen bei höheren Löhnen für die Beschäftigten deutlich verschlechtern. Und: Im April 2023 lehnte ASLEF ein Angebot ab, das zwei Jahre in Folge eine Gehaltserhöhung von vier Prozent vorgesehen hätte. Die grassierende Inflation liegt in Großbritannien bei rund zehn Prozent. Seitdem gab es keine formellen Gespräche. Bahnbetreiber behaupten, dass sich »die Arbeitsweise aufgrund finanzieller Herausforderungen und der Fairness gegenüber den Steuerzahlern« ändern müsse, damit die Löhne steigen könnten, wird deren Sprecher der auf BBC zitiert.

Zu einem Verkehrschaos dürfte es am Montag in der britischen Hauptstadt London kommen. Transport for London (TfL) hat gewarnt, dass Metropassagiere während zweier bevorstehender 24-Stunden-Streiks der Fahrer mit erheblichen Störungen im Verkehr rechnen müssen. TfL sagte, dass es am 8. April »kaum oder gar keinen Service geben werde«. Ein zweiter Streiktag in London ist für den 4. Mai angekündigt.

Der Streik von Hunderten Angestellten des Busunternehmens Arriva in Northumbria wurde am Donnerstag abgesagt, nachdem ein neues Lohnangebot unterbreitet wurde. Ungefähr 300 Fahrer und Ingenieure in den Arriva Northumbria-Depots in Ashington und Blyth sollten am 7. April für eine Woche die Arbeit niederlegen. Ob es zu der zweiten geplanten Streikwoche

ab 21. April kommen wird, lässt die Gewerkschaft UNITE derweil abstimmen. Der Busbetreiber teilte unterdessen mit, er sei »erfreut«, dass der Streik ausgesetzt wurde.

In derselben Region finden in diesem Jahr Bürgermeisterwahlen statt. Die RMT-Gewerkschaft erklärte, den unabhängigen Kandidaten Jamie Driscoll bei der Wahl zum Bürgermeister von Newcastle zu unterstützen. Der Linke Driscoll wurde zuvor von Labour ausgeschlossen. Die Gewerkschaft überwies eine Spende von 10.000 Pfund Sterling für dessen Wahlkampf. RMT-Generalsekretär Michael Lynch sagte, Driscoll sei »eine starke Stimme für den Nordosten«. Er werde für seine Region kämpfen, »unabhängig davon, welche Regierung an der Macht ist«, so Lynch gegenüber dem Guardian.